

## Mitteilung

im: **Gemeinderat**

---

**Betreff: Rundfunkverteilanlage Waldhäuser-Ost**

Bezug: Schreiben der FDP-Fraktion an die Fraktionen und Antrag 296a/07 der FDP-Fraktion  
Anlagen: 0 Bezeichnung:

---

### Die Verwaltung teilt mit:

1. Zum Schreiben der FDP-Fraktion vom 16.09.07

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17.09.07 wurde zugesagt, das Schreiben der FDP-Fraktion an die Gemeinderatsfraktionen vom 16.09.07 schriftlich zu beantworten. Der Text des Schreibens ist im folgenden kursiv gedruckt; die Antworten der Verwaltung folgen jeweils in Normaldruck.

*Liebe Gemeinderatsmitglieder,*

*die Gemeinschaftsantennenanlage ist veraltet. In der letzten Verwaltungsausschusssitzung wurde von der Stadtverwaltung zugesagt, die rechtliche Bewertung zu den Grunddienstbarkeiten schriftlich weiter auszuarbeiten und vorzulegen.*

Antwort: Dies ist mit der Vorlage 112/07, die im Planungsausschuss am 14.05.07 behandelt wurde, geschehen.

*Es wurde weiter zugesagt, das tatsächliche Entwicklungspotential der GAA aufzubereiten und vorzulegen.*

Antwort: So weit mit „tatsächliches Entwicklungspotential“ der Ausbau oder die Sanierung des vorhandenen Netzes gemeint ist, gibt es nach heutigem Kenntnisstand kein vernünftiges und finanzierbares Entwicklungspotential.

*Es wurde zugesagt, die Kosten, die investiert werden müssten vorzulegen.*

Antwort: Die in Vorlage 518a/05 Seite 3 bei 4. Finanzielle Auswirkungen genannte Zahl für die Hochrüstung des Gebiets auf 862 kHz-Verstärker von 70.000 € bis 100.000 € ist eine Angabe der Elektro-Firma Betz. Diese Angabe gilt noch heute.

*Die Umrüstung auf 862 kHz-Verstärker sichert nicht die Anforderungen für eine zukunftsfähige Antennenanlage.*

Antwort: Das ist richtig.

*Über einen Rahmenvertrag mit der Kabel BW erhalten Hausverwaltungsfirmen einen jährlichen Rabatt von 4 % Rabatt, selbst bei kleinen Wohnanlagen mit 5 Wohneinheiten. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass Kabel BW hier seine Rabattsätze bei Anschluss von Wohneinheiten in dieser Größenordnung (3693 Wohneinheiten sind angeschlossen) auf 3 % reduziert.*

Antwort: Die Verwaltung wird den Hinweis, dass in anderen Fällen höhere Rabatte gewährt werden, aufnehmen und in die zukünftigen Verhandlungen einfließen lassen. Der vorliegende Kompromiss mit der Kabel BW orientiert sich nicht an den AGB. Er geht im Grunde sowohl über 3 % als auch über 4 % hinaus.

*Bisher sind Instandsetzungen, Reparaturen, Kredite, ebenso Abschreibungen, Zinsen, usw. an alle Wohneinheiten über die jährliche Gebühr abgerechnet worden. Weshalb wird nun beantragt, die Kosten über Steuermehreinnahmen zu finanzieren? Oder ist damit gemeint, dass über den Gebührenbescheid 2008 die Mehrkosten für 2007 und 2008 eingefordert werden?*

Antwort: Das ist gemeint. In Ziff. 2 des Beschlussantrags wird die haushaltsrechtliche und damit vorübergehende Deckung beschlossen. Diese Kosten werden im Jahr 2008 auf die Nutzer umgelegt (zweitletzten Satz der Vorlage 296/07).

*Im Gebührenbescheid 2007 sind Jahreskosten in Höhe von 72.186,42 € angegeben. Wenn nun, wie in 2. aufgeführt, die Jahreskosten auf 94.100 € steigen, so würden doch (94.100-72.186,42=) 21.913,58 € fehlen. Weshalb dann 17.210 €?*

Antwort: Es geht um eine überplanmäßige Ausgabe und deren Deckung. Veranschlagt sind 2007 43.000 €. Von diesem Betrag aus fehlen 17.210 €.

*Monatlicher Beitrag 2007:*

*Jahresausgaben 72.186,42 €*

*Überdeckung 2006 -7.392,82 €*

*umzulegen 2007 64.793,60 € / 3693 Wohneinheiten = 17,55 € pro WE/Jahr*

*von der Stadt in 2007 eingefordert 17,40 €*

*Weshalb weniger eingefordert?*

Antwort: Es wurde geringfügig weniger angefordert, weil der Abbuchungslauf vor Fertigstellung der Einzelabrechnung vorgenommen wurde. Am Jahresende werden Unter- und Überdeckungen in das Folgejahr übertragen und mit der nächsten Umlagerechnung ausgeglichen.

*Neuer Monatlicher Beitrag 2007 Kostenerhöhung eingerechnet*

*Jahresausgaben 72.186,42 €*

*Erhöhung 21.913,58 €*

*neue Jahreskosten 94.100,00 €*

*Überdeckung 2006 -7.392,82 €*

*umzulegen 2007 86.707,18 € / 3693 Wohneinheiten = 23,48 € pro WE/Jahr*

*Weshalb investieren in eine alte Anlage, die demnächst nicht mehr genutzt werden kann?*

Antwort: Die Stadt kann den Kabelnutzern auf WHO im Augenblick nur zwei Alternativen zum Kabel anbieten. Eine davon ist der Fernsehempfang über Satellitenschüssel. Das widerspricht dem Antennenverbot in den gültigen Bebauungsplänen. Die Stadt könnte zwar das Antennenverbot auf WHO aufgeben. Die Aufgabe des Antennenverbots wurde bei den bisherigen Beratungen im Gemeinderat ebenfalls diskutiert, stieß aber quer durch die Fraktionen nicht auf Gegenliebe.

Eine zweite Alternative ist der Fernsehempfang über Telefonkabel. Hier sind die Netzbetreiber, allen voran die Telekom in einem Anfangsstadium. Große Städte werden zuerst versorgt. Die Verwaltung ist mit der Fa. Telekom im Gespräch, ihr Angebot vordringlich in Tübingen zu installieren. Sobald dieses Angebot, das unter dem Label IPTV vertrieben wird, zur Verfügung steht, kann der Ausstiegszeitpunkt bestimmt, vom Gemeinderat beschlossen und bekannt gegeben werden.

Nach Auffassung der Verwaltung muß den Bewohnern auf WHO für eine Übergangszeit eine Möglichkeit zeitgemäßen Fernsehens angeboten werden.

*Kabel BW hat sich nicht dafür eingesetzt, dass über ihr Netz die Programme von ORF und SF gesendet werden können. Dies wurde bisher damit abgetan, dass das Einspeisen von ORF 1 und ORF 2 untersagt worden wäre. Dies ist verwunderlich, weil z.B. die Schweiz oder Italien (Tyrol) nach wie vor ORF einspeist. Diesen Netzbetreibern ist es wohl gelungen!  
Hat die Stadtverwaltung in dieser Richtung mit Kabel BW Verhandlungen geführt?*

Antwort: Die Stadtverwaltung hat mit der Kabel BW Gespräche geführt und führt praktisch bei jedem weiteren Treffen mit Vertretern der Kabel BW noch Verhandlungen in dieser Richtung. Allerdings mit sehr wenig Erfolg. Das hängt aber nicht am mangelnden Willen der Stadtverwaltung oder der Kabel BW. Vielmehr ist die Zahl und die Art der eingespeisten Programme nach der Privatisierung der Netze vorwiegend eine Geldfrage geworden. Zwei Beispiele dazu:

Nach Auskunft der Kabel BW werden die Filmrechte von den großen Hollywood-Firmen für ein bestimmtes Verbreitungsgebiet gekauft. Der Preis für die Filme ist umso höher, je größer das Verbreitungsgebiet ist. Das österreichische Fernsehen hat sich geweigert, für die Verbreitung außerhalb seines Gebietes höhere Kosten in Kauf zu nehmen, die sich nicht aus diesem Gebiet refinanzieren lassen. Die Verwaltung hat diese Zusammenhänge nicht „abgetan“ sondern Frau Kreim telefonisch erläutert.

Ein zweites Beispiel ist das Klassik Radio, ein beliebtes Programm bei älteren Radiohörern. Bei der Verwaltung kommen Beschwerden darüber an, dass das Klassik Radio jüngst aus dem Programm der Kabel BW genommen wurde. Auch hier geht es um Geld. Klassik Radio ist ein kommerzieller Sender, der sich über Werbung finanziert. Der Sender war nicht bereit, die von Kabel BW geforderten Preise für die Verbreitung zu zahlen.

*Es darf nicht laufend investiert werden ohne dass aufgezeigt ist, wie lange die GAA im derzeitigen Zustand noch im Betrieb sein kann.*

Antwort:

Es ist – auch für Fachleute - sehr schwierig bis unmöglich, die momentane rasante technische Entwicklung beim Fernsehen vorauszusagen und zu bestimmen, wann welche technischen Alternativen zur bisherigen Rundfunkversorgung auf WHO zur Verfügung stehen werden.

*Es ist aufzuzeigen ab wann die Stadt aus dem Betrieb der GAA aussteigt.*

Antwort: Die Stadt kann dann aus dem Betrieb der Rundfunkverteilanlage aussteigen, wenn sie für die Bewohner auf WHO realistische Alternativen anbieten kann. Das ist im Moment noch nicht der Fall.

Sobald der Fernsehempfang über Telefonkabel möglich ist, kann der Ausstiegstermin bestimmt werden. Er ist auch dann und vorher schon möglich, wenn sich der Gemeinderat dazu entschließt, das Antennenverbot auf WHO aufzugeben.

*Es ist aufzuzeigen welche Alternativen sich für die 3693 Wohneinheiten bieten.*

Antwort: Siehe oben (Satellit und Telefonkabel)

*Die zugesagte öffentliche Veranstaltung muss umgesetzt werden. Gerne bin ich bereit über das Nordstadtforum dies zu organisieren.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Anne Kreim*

*FDP-Stadträtin*

Antwort: Nach Auffassung der Verwaltung ist es für eine öffentliche Veranstaltung noch zu früh. Ein Ausstieg ohne Benennung der technischen Alternativen ist den Bewohnern auf WHO nicht vermittelbar. Die Verwaltung wird gerne die organisatorische Unterstützung des Nordstadt-Forums in Anspruch nehmen.

2. Zum FDP-Antrag 296a/07

Die Antworten auf das Schreiben der FDP-Fraktion vom 16.09.07 enthalten auch weitgehende Stellungnahmen zum Inhalt des Antrags 296a/07. Nachzutragen ist eine Antwort zur Frage nach einem Alternativanbieter und dessen Programmliste.

Wie in Vorlage 296/07 ausgeführt hat die Verwaltung ein Angebot bei der Fa. Ewt multimedia GmbH angefordert. Ob diese Firma ein vergleichbares Programmangebot liefern kann, soll bei einem Gesprächstermin geklärt werden. Dieses Gespräch ist noch nicht terminiert.